

Solidarität ohne Grenzen? Probleme sozialer Ungleichheit und Teilhabe in transnationaler Perspektive

Poferl, Angelika

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Poferl, A. (2006). Solidarität ohne Grenzen? Probleme sozialer Ungleichheit und Teilhabe in transnationaler Perspektive. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 311-325). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145323>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Solidarität ohne Grenzen? – Probleme sozialer Ungleichheit und Teilhabe in transnationaler Perspektive

Angelika Pofert

1. Solidarität als Semantik und Praxis gesellschaftlicher ›Wohlfahrt‹

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit dem Begriff der Solidarität und somit mit einer grundlegenden ›Wertidee‹ des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die von hoher Relevanz auch und gerade für Fragen der sozialen Ungleichheit ist. Es geht allerdings nicht darum, eine normative Begründungsphilosophie von Solidarität anzuwenden oder zu entwickeln (d.h. unhintergehbare Gründe für die Notwendigkeit von Solidarität anzugeben); dies ist meines Erachtens nicht Aufgabe der Soziologie, und selbst innerhalb der neueren Philosophie wäre dies – spätestens seit dem von Richard Rorty und anderen eingeleiteten *linguistic turn* – ein fragwürdiges Unterfangen. Ich betrachte ›Solidarität‹ als eine semantische Figur, das heißt als einen Bedeutungszusammenhang, der entsprechende Praktiken einschließt, und knüpfe damit unter anderem an neuere Perspektiven der Wohlfahrtsstaatsforschung (vgl. Lessenich 2003) an. Der Begriff der Solidarität gehört zweifellos dem Spektrum jener Leit- oder Schlüsselbegriffe an, die die »Auseinandersetzungen im und um den Wohlfahrtsstaat« (ebd.: 10f.) prägen und die ganz wesentlich dazu beitragen, die »soziale Welt – und die Vorstellungswelt – der wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaftsformation« (ebd.: 15) sinnhaft zu strukturieren. Prisching (2003: 190) zählt ihn zu den »Fahnenwörtern« der Debatte um Wohlfahrtsstaatlichkeit. Eine Grundannahme, von der ich hier ausgehe, ist, dass die Art und Weise, wie eine Gesellschaft Probleme sozialer Ungleichheit wahrnimmt und bewältigt, mit den jeweils gültigen oder dominierenden Auffassungen von Solidarität zu tun hat *und* dass umgekehrt die Art und Weise der gesellschaftlichen Problembearbeitung sozialer Ungleichheit bestimmte Formen und Muster von Solidarität generiert wie auch transformiert.

Die Themen der Solidarität und der Ungleichheit sind mit der Geschichte der Soziologie von Anfang an verflochten (man denke beispielsweise an die Integrations- oder Assimilationstheorie Durkheims oder die Klassentheorie von Marx). Eine kurze Anmerkung zum disziplinären Diskussionsstand sei dennoch angebracht: Bemerkenswerterweise

gibt es in der neueren Soziologie sehr kontroverse Auffassungen dazu, ob Solidarität ein brauchbarer analytischer Grundbegriff sein kann oder aber nichts weiter als eine bloße ideologische Formel darstelle. Eine solche Debatte ist nicht sehr ergiebig und bleibt selbst in falschen Alternativen befangen – unbefragte normative Prämissen einerseits, eine szientistische Scheu vor politisch-moralisch beladenen Konzepten andererseits engen das Feld der Auseinandersetzung ein. Auch die Soziologie sozialer Ungleichheit hat lange Zeit eine systematische Reflexion auf Begriffe wie Gleichheit, Gerechtigkeit etc. oder eben Solidarität vernachlässigt – unbenommen der Tatsache, dass sie selbst sich als Wissenschaft in genau diesem Bezugsrahmen gesellschaftlicher und politischer Problemdeutungen bewegt.¹ Vielversprechend erscheint vor diesem Hintergrund der Weg einer *begriffskritischen* Analyse, die unabdingbar ist, um gegebene Denkmuster und Praktiken in ihren historischen Voraussetzungen und aktuellen Gebrauchsweisen begreifen zu können. In diesem Sinne wende ich mich dem Thema der Solidarität aus einer problemorientierten Haltung zu – das Interesse ist auf Solidarität als einem gesellschaftlich und politisch *verwendeten* Begriff und als einem *praktizierten* Sozialphänomen gerichtet. Aus den Überlegungen werden konzeptionelle Schlussfolgerungen und Prognosen gezogen.

Die Ausführungen konzentrieren sich auf einen bestimmten Aspekt des *Wandels* von Solidarität, der – so die zentrale These des Beitrags – künftige Gesellschaften kennzeichnen wird und bisherige Formen von Solidarität in Frage stellt. Ich beschreibe diesen Wandel als *Transnationalisierung* von Solidarität, weil ich davon ausgehe, dass Prozesse der Transnationalisierung² – also der Entstehung nationalstaatsübergreifender Sozialräume – konkrete Anlässe für die Veränderung sind. Der Fokus auf Bedingungen der Transnationalisierung, der in der bisherigen Ungleichheits- und Wohlfahrtsforschung erst allmählich Beachtung findet, erlaubt eine weitere Konkretion: Behandelbar wird die Frage eines *»europäischen«* *Solidaritätsmodells*, das mehr ist – und sein muss – als die Summe nationaler Praktiken und Institutionalisierungen von Solidarität. Diese Behauptung gilt zumindest dann, wenn wir den Begriff des Europäischen soziologisch *»ernst«* nehmen, das heißt, ihn nicht nur als politisches Vokabular betrachten, sondern als eine Kategorie, die die Herausbildung eines neuen Gesellschaftsraums Europa bezeichnet. Dieser Gesellschaftsraum ist transnational – je nach Perspektive auch supranational – definiert. In diesem Kontext stellt sich die Frage, was Solidarität auf europäischer Ebene bedeutet. Sie zielt in eine doppelte Richtung:

1 Ausnahmen und Neuerungen bestätigen die Regel: Die feministische Soziologie hat sich solchen Fragen zugewandt, weitere sind die Egalitarismuskonzeption, die Debatte um Anerkennung und kulturelle Differenz oder auch die Gerechtigkeitsforschung.

2 Zur gesellschaftlichen Denationalisierung und Transnationalisierung vgl. Beisheim u.a. (1999), De Swaan (1995); zu transnationalen/transstaatlichen sozialen Räumen vgl. die Beiträge in Pries (1997), Faist (2000a).

1. Was heißt Solidarität *nach innen*? Mit anderen Worten: Was heißt Solidarität angesichts der Tatsache, dass wir es mit großen – und im Zuge der Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft sich noch verschärfenden – Unterschieden und Ungleichheiten der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und sozialen Lagen zu tun haben? Europa hat immer schon national bzw. regional ausgeprägte soziale Binnenungleichheiten gekannt. Sie werden jedoch umso sichtbarer, je asymmetrischer die Lebensverhältnisse sind, die in *einem* europäischen Raum zusammengefasst werden (sollen). Entsprechende Disparitäten verlieren an Legitimation, wenn es darum geht (bzw. gehen soll), gleiche Maßstäbe der Gestaltung sozialer Teilhabe für alle anzulegen; das heißt, es brechen Probleme der Akzeptanz und Gerechtigkeit auf. Sie überschreiten zudem in ihren Ausmaßen (man denke z.B. an aktuelle oder künftige Beitrittsländer) den Problemhorizont sozialer Ungleichheit, wie er den wohlfahrtsstaatlich entwickelten »Kernländern« Europas vertraut ist.
2. Was heißt Solidarität *nach außen*? Anders formuliert: Wie geht »Europa« mit dem Sachverhalt um, dass es außerhalb der eigenen Grenzen eine Welt gibt, die von europäischen Standards an sozialer Teilhabe, Wohlstand oder Wohlfahrt weit entfernt und zugleich doch sehr nah ist? Die daraus erwachsenden Schwierigkeiten lassen sich nur bedingt externalisieren: Flüchtlinge vor den Küsten Europas, Arbeitsmigranten, Illegale, oder auch nur die aus anderen Regionen der Welt uns erreichenden Hilfsappelle sind Beispiele für die tendenzielle Unabschließbarkeit politisch-territorial definierter Zusammenhänge. Ein Nebeneinander von »Erster Welt« und »Dritter Welt« ist nicht mehr nur in amerikanischen und asiatischen *global cities* (Sassen), sondern ebenso in den europäischen Großstädten, in Aufenthaltslagern, Asylunterkünften oder den Camps der Saisonarbeiter zu finden.

Ich werde diese Fragen der Solidarität nach innen und außen zu beantworten versuchen, indem ich Überlegungen zur Entwicklung eines transnationalen bzw. europäischen Solidaritätsmodells anstelle, das beide Richtungen abdeckt. Die Argumentation folgt drei Schritten:

- (1) Erstens werde ich kurz bisherige Eigenheiten und Beschränkungen gesellschaftlich und soziologisch relevanter Solidaritätsformen aufzeigen. Im Vordergrund stehen dabei deren *kollektive* und *nationale* Implikationen.
- (2) Problematisiert wird zweitens die Frage der Übertragbarkeit nationaler Solidaritätskonzepte auf eine transnationale Ebene. Gerade einige der bislang zentralen, historisch eingeübten Vorstellungen und Institutionalisierungen von »Solidarität« dürften sich angesichts aktueller Herausforderungen als unzulänglich erweisen.

(3) Drittens soll geklärt werden, wie ein Solidaritätskonzept aussehen kann, das den Bedingungen gesellschaftlicher Transnationalisierung und einer dementsprechend gewandelten Moderne gerecht wird. Ich möchte die von mir vorgeschlagene Solidaritätskonzeption als *Politik der Humanität* bezeichnen. Damit ist eine Abgrenzung von national-kollektivistisch verengten Postulaten der »Solidargemeinschaft« sowie eine Wendung hin zu global bzw. transnational geöffneten Solidaritätsbegriffen verbunden. Sie ist theoretisch im Bezugsrahmen einer in Deutschland von Ulrich Beck eingeführten Perspektive »kosmopolitischer Soziologie« (Beck 2000, 2002, 2004) verortet.

2. Kollektive und nationale Implikationen von Solidarität

Solidarität ist ein facettenreicher und deutungsöffener Begriff, der sehr unterschiedliche Bestimmungen erfährt (vgl. Brunkhorst 1997; Bayertz 1998; Zoll 2000; Prisching 2003). Schon eine kurze Betrachtung der Begriffsgeschichte zeigt, dass der Aspekt der *Gemeinschaft* und *wechselseitigen Verbundenheit* eine große, durchwegs wachgehaltene Rolle spielt. Gleichwohl kann es nicht darum gehen, einen solchen Zugang schlicht zu verdoppeln. Im Gegenteil stellt sich vielmehr die Frage der *Herstellung von Zugehörigkeit* und der *Grenzen* jener »gemeinschaftlich« gedachten Zusammenhänge, innerhalb derer Solidarität praktiziert *und* jenseits derer sie verwehrt wird. In den Blick kommen, mit anderen Worten, Grundlagen und Prozesse, über die Solidarität als ein Ausdruck der *Verantwortung*, der *Verpflichtung* gegenüber Anderen bestimmt wird – oder auch nicht. In dieser Doppelung eröffnet sich die Kehrseite der dem Solidaritätsbegriff funktional oft zugeschriebenen »Integration«: Solidarität – handlungs- und konflikttheoretisch betrachtet – beinhaltet immer Formen der Schließung oder zumindest eine Haltung der Indifferenz gegenüber denjenigen, die der Solidarität nicht »würdig« sind bzw. ihrer nicht bedürfen. Sie ist insoweit *exklusiv*. Woran lässt sich dies festmachen?

Ein erster, elementarer Mechanismus liegt in der *präpolitischen* Idee einer *emotionalen*, durch Gemeinschaftsgefühle gestifteten Verbindung. Darin klingt sehr deutlich ein auf Kleingruppen bezogenes Solidaritätsverständnis (nach dem Vorbild der Familie oder Verwandtschaft) an. Wie wir aus Forschungen zur Nationalstaatsbildung wissen, beruht jedoch auch der Gedanke der »Nation« auf Appellen an gemeinschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühle, die *kulturell* codiert sind, das heißt sich auf eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Werte, Überzeugungen und Lebensformen berufen; daran schließen unter Umständen auch Formen der Naturalisierung an. Kulturelle Begründungen liefern den Kitt, der nationalstaatlich organisierte Gesellschaften nach der Auflösung partikularer Gruppenidentitäten

einen sollte. In diesem Sinne ist nationale Solidarität historisch ein Gegenbegriff zu ständischem Bewusstsein, der auf die Integration einer vorgestellten Sozialeinheit »Nation« abzielt. Ernest Renan hat Ende des 19. Jahrhunderts in einer vielzitierten Formulierung von der Nation als »Solidargemeinschaft« gesprochen. Zu betonen ist, dass nationale Gemeinschaften und ihre Identitätsderivate in der Tat keine »natürliche« Basis haben; Nationen stellen nach Anderson (2000) historisch durchgesetzte Erfindungen bzw. *imagined communities* dar.

Neben den eben angeführten emotionalen und kulturellen, identitätsstiftenden Komponenten hat Solidarität eine *politisch-institutionelle* Fassung. Bezogen auf soziale Problemlagen gewinnt sie diese in der Organisation des *Wohlfahrts- bzw. Sozialstaates*, in dem die kollektive Absicherung gegen soziale Risiken der Marktabhängigkeit sowie der Aspekt der Hilfe für sozial schwächere Mitglieder einer Gesellschaft (bzw. »Gemeinschaft«) in den Vordergrund tritt. Der Kern des modernen Sozialstaats ist – wie sich insbesondere am Beispiel Deutschlands zeigt – die Schaffung nationaler arbeitsregulierender Institutionen; umgekehrt geht die Nationalisierung der Wirtschaftspraktiken und der Formen der Regulierung von Erwerbsarbeit mit einer »Nationalisierung von Solidaritätspraktiken« im Zusammenspiel von Kapital, Arbeit, Politik einher. Die Nation stellt die »historische Antwort auf die Problematik der Solidarität« dar (Wagner/Zimmermann 2003: 250ff.). Das Verhältnis einer solchen – gleichermaßen national fundierten als auch erwerbsarbeitsbezogenen – Wohlfahrtsstaatlichkeit zu sozialistischen oder christlichen Traditionen ist ambivalent; sie bricht mit revolutionären, internationalistischen Utopien der Gleichheit und weltweiten Klassensolidarität ebenso wie mit Idealen zwischenmenschlich gefühlter Brüderlichkeit, Wohltätigkeit, Barmherzigkeit. Solidarität wird einerseits *abstrakt, verallgemeinert* und *verrechtlicht*, das heißt auf die Ebene sozialer Anrechte, an die legitime, institutionell verankerte Solidaritätsforderungen anschließen, überführt. Andererseits wird sie dadurch deutlich eingeschränkt und an formale *Mitgliedschaften*, an Anspruchsvoraussetzungen und -bedingungen gebunden. Solidarität drückt sich in einem *doppelten* Modus der Teilhabe aus: Maßgeblich ist dabei sowohl Staatsbürgerschaft, die nationalstaatliche Mitgliedschaft durch Bürgerrechte (vgl. grundlegend Marshall 1992; zur neueren citizenship-Diskussion Shafir 1998; Mackert/Müller 2000) institutionalisiert, als auch »Erwerbsbürgerschaft« als Einbindung in marktformige, wohlfahrtsstaatlich regulierte Reproduktion – mit allen Folgeproblemen für Ungleichheitslagen beispielsweise der Migration, der Armut, der sozialen Ausgrenzung und nicht-marktförmigen Reproduktion, die demgegenüber residualen Status haben.

Ein dritter, *operativer* Gesichtspunkt von Solidarität lässt sich ebenso aus nationalen Formen der Etablierung von Wohlfahrts- bzw. Sozialstaatlichkeit ableiten. Es sind Prozesse der *Standardisierung* und *Normierung* von Lebenssituationen, die an der Definition einer wohlfahrtsstaatlich gestützten »nationalen Solidaritätsgemeinschaft«

(Wagner/Zimmermann 2003: 251) sowie entsprechender Zugehörigkeiten beteiligt sind; vorhandene Untersuchungen (vgl. ebd.) heben hier insbesondere die Bedeutung rechtlicher und statistischer Praktiken hervor. Jede Bedarfsermittlung oder Bedürftigkeitsprüfung, jede Entscheidung über Versorgungsleistungen, jede Armutsmessung produziert und reproduziert *soziale Klassifikationen*. Vorgänge der Bewertung und Kategorisierung sozialer Probleme nach sozialpolitischen, sozialrechtlichen oder sozialadministrativen Logiken wirken so maßgeblich an der Materialisierung und konkreten Umsetzung von Solidarität mit. Formal werden *modellhafte* Lagen und Akteure erzeugt, die gleichermaßen voraussetzungsvoll und folgenreich sind: Sie geben vor, wem gegenüber Solidarität geübt und wer in den jeweiligen institutionellen Relevanz- und Handlungshorizont einbezogen wird.

Diese hier nur cursorisch umrissenen Entwicklungen weisen darauf hin, dass Solidarität keineswegs nur ideelle, sondern strukturbildende, sozial- und gesellschaftspraktische Bezüge hat. Sie befördert Kollektividentitäten bzw. Kollektivinstitutionen und baut darauf auf. Diese Kollektive sind nicht universal; die jeweils vorgestellten Gemeinschaften, an die geglaubt werden muss, ebenso wie der Geltungsbereich real konstituierter Regelsysteme sind nach kulturell, sozial, politisch definierten Gruppengrenzen oder eben auch nationalen Grenzen bestimmt. Zum Tragen kommen darin *je spezifische, historisch und sozial situierte* Kriterien der Grenzziehung und Schließung. In einem fraglos vorausgesetzten ›Container-‹ und Integrationsmodell von Gesellschaft und Nation sind diese gleichsam unsichtbar gemacht und neutralisiert. Dennoch bieten sie eine Ausgangsfläche für neu entstehende Konfliktlinien unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transnationalisierung: Erwartbar ist ein Spannungsfeld, in dem partikuläre soziale und nationale Kollektivkategorien einerseits sich mit der Berufung auf universelle – oder zumindest *grenzübergreifende* – Rechte und Ansprüche andererseits überlagern.

Kommen wir damit zu der Frage, inwieweit sich kollektive und nationale Modi der Solidarität auf eine transnationale, europäische Ebene übertragen lassen, genauer: inwiefern dies gerade nicht der Fall ist.

3. Probleme der Übertragbarkeit national-kollektiver Modelle

In der politischen Rhetorik wird Europa als großes bewegendes Projekt der Integration und Gemeinschaftsbildung beschworen. Eine solche Vision liefert – wie eben aufgezeigt – typische Begründungen für Solidarität, und insofern ist es kein Zufall, dass auf europäischer Ebene darauf Bezug genommen wird. Konstruiert wird, zumindest in ›europafreundlichen‹ Diskursen, ein Europa des ›Wir‹ – des solidarischen ›Wir‹. Diese Vorstellung entspricht nicht unbedingt den profanen institutionellen

Anfängen als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, aber sie besitzt eine hohe symbolische Kraft. Erzeugt wird ein bestimmter sozialer Sinn – dass es eben eine europäische Gemeinschaft gäbe, an der man als Mitglied, als Bürger Europas teilhat und dass dies auf gemeinsamen sozialen Banden beruhe. Ob diese Bande bereits bestünden oder erst zu knüpfen seien – darin kündigt sich eine der wesentlichen Kontroversen der aktuellen Europadiskussion an (vgl. etwa Viehoff/Segers 1999; Faist 2000b; Balibar 2003; Beck/Grande 2004).

Worin aber liegen die Schwierigkeiten der Anwendung herkömmlicher Solidaritätsverständnisse? Welche Herausforderungen stellen sich? Dies lässt sich anhand der vorhergehend genannten Punkte entfalten:

Erstens: Eine Begründung sozialer Solidarität durch gleichsam naturwüchsige, familienähnliche Zusammengehörigkeit kann auf europäischer Ebene nicht überzeugen. In Abrede gestellt sei damit nicht die empirische Existenz individueller »europäischer Gefühle«, das heißt: in unpathetischen Formeln ein Bewusstsein davon, gerne in Europa zu leben, eine emotionale Bindung an europäisch geprägte Lebens- und Erfahrungswelten, eine biographische Verwicklung in die europäische Geschichte zu haben. Eine stabile Basis für eine wie immer geartete *spezifisch* europäische Solidarität – das heißt: eine Solidarität, die nur sich selbst kennt und zur Voraussetzung hat – ist darin jedoch nicht zu sehen. Anders und zugespitzt gefragt: Warum sollten emotionale Bindungen an Europa dazu führen, dass Europäer »einander unterstützen« und dass Andere »nicht kümmern«? Auch die Verarbeitung des Holocaust (vgl. Levy/Sznaider 2001) als mögliches identitätsstiftendes Element weist über solche Szenarien hinaus, da sie ethische und politische Positionierungen und gerade kein unverbrüchliches Miteinander oder gefühlte Einigkeit voraussetzt.

Viel Aufmerksamkeit ziehen die Debatten um gemeinsame kulturelle Werte auf sich, insbesondere dann, wenn diese als bedroht erscheinen; kulturpessimistische Zerfallsdiagnosen der Moderne – die in der Regel immer auch einen Zerfall der Solidarität konstatieren – ebenso wie die Konfrontation mit fremden Kulturen (Beispiel Islam) regen dergleichen Selbstverständigungen an. Bemerkenswert daran ist, wie sehr um einen vermeintlich eindeutigen, gemeinsam geteilten Kultur- und Wertekanon gerungen wird; die erzielten Konstruktionen (Aufklärung, Gleichheit, Demokratie, Christentum ja oder nein?) sind fragil. Zum einen zeigen darin Prozesse gesellschaftlicher *Individualisierung* Wirkung: Die Entwicklung auf Dauer gestellter Kollektividentitäten und daran geknüpfte Vorgaben der Lebensführung scheint abgebrochen, ihre Wiederkehr in europäischen Varianten eher unwahrscheinlich. Sie treten in Kombination mit *transnational* praktizierten Formen des Lebens in mehreren Welten (vgl. Eade 1996; Pries 1997), der Existenz kultureller *Hybride* (Bronfen u.a. 1997) und *Melangen* (Pieterse 1998) auf. »Europäische« Denkweisen, Werte, Lebensstile und alltagskulturelle Praktiken haben sich ausdifferenziert und generalisiert. Sie unterscheiden sich innerhalb Europas, finden sich an

vielen Orten der Welt und haben ihren angestammten Herkunftskontext längst verlassen – wie auch umgekehrt immer schon nicht-europäische Kulturen in Europa diffundierten.

Zweitens: Wie verhält es sich mit der politisch-institutionellen Umsetzung von Solidarität? Soziale Fragen wurden im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft nur nachrangig aufgegriffen, wohlfahrtsstaatlich geprägte Elemente bzw. vergleichbare Formen der sozialen Intervention sind rudimentär und sollen erst geschaffen werden. Bislang stehen arbeits- und wirtschaftsbezogene Anstrengungen im Vordergrund; sie werden aktuell verstärkt mit Fragen des sozialen Zusammenhalts und der Integration verknüpft: »Der beste Schutz gegen soziale Ausgrenzung ist ein Arbeitsplatz«, »Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Zusammenhalt verstärken sich gegenseitig« – so das Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung 2002–2006. Seitens der Europäischen Gemeinschaft werden vielfältige Maßnahmen und Aktivitäten der Bearbeitung sozialer Problemlagen auf nationaler Ebene gefördert. Fraglich bleibt, welche Sozialpolitik sich auf einem eigenen *europäischen* Niveau konstituieren könnte. Denkbar wäre eine Entwicklung, die sich auf Formen der *Transnationalisierung von Arbeit und Wirtschaft* und einen entsprechend neuartigen Regulierungsbedarf konzentriert; insbesondere ginge es dann beispielsweise darum, der Mobilität auf grenzüberschreitenden europäischen Arbeitsmärkten Rechnung zu tragen. Die Übereinstimmung einer solchen Politik mit propagierten Leitlinien des europäischen Binnenmarktprojektes ist evident. Für ein umfassenderes Verständnis sozialer Ungleichheit und korrespondierende Solidaritätsmodelle reicht erwerbs- und marktbezogene Politik – trotz »erwünschter« transnationaler Öffnungen – jedoch nicht aus. Ausgeblendet bleiben zum einen Fragen der *Umverteilung*, bei denen kaum absehbar ist, wie sie auf europäischer Ebene entschieden werden sollten. Kaum von der Hand zu weisen ist zum anderen die Diskussion über eine *Erosion von Erwerbsarbeit* und die wachsende Bedeutung von Ungleichheitslagen *jenseits* arbeitsmarktlicher Strukturen. Entwicklungen der gesteigerten sozialen Verwundbarkeit bis hin zur sozialen Exklusion (vgl. Castel 2000; Kronauer 2002) geben europaweit Anlass, Parameter institutionalisierter Solidarität zu überdenken. Soziale Teilhabe kann nicht auf ein nationales Gefüge von Wachstum, »Normalarbeitsverhältnissen«, sozialer Sicherung und sozialem Schutz zugeschnitten sein, wenn es zunehmend weniger Menschen gibt, die darin eingebunden sind und das Gefüge selbst Funktionsprobleme aufweist.

Drittens muss Solidarität auf europäischer Ebene, mehr noch als im nationalen Rahmen, Prozesse der gesellschaftlichen *Entstandardisierung* sozialer Lagen und Lebensformen bewältigen. Dieses zuvor unter operativen Gesichtspunkten eingeführte Argument lässt sich von sozialstrukturanalytischer Seite her erschließen: Wie lassen sich transnationale Lagen erfassen, das heißt Konstellationen von Lebensbedingungen, die durch die Überlappung unterschiedlicher nationaler Kontexte

strukturiert sind? Wie wird Armut definiert und gemessen, das heißt, wie kann man unterschiedliche Konzepte, Methoden sowie heterogene nationale und regionale Lebens- und Wohlfahrtsstandards auf einen Nenner bringen? Braucht man vereinheitlichende Kategorien? Oder muss ein gewisses Maß an Nicht-Normierbarkeit möglicherweise ertragen werden? Dies sei nur kurz angerissen; aufschlussreich ist hier die seit längerem geführte europäische Armutsdiskussion wie auch die Diskussion über Prozesse der Verflechtung vertikaler und horizontaler Europäisierung (vgl. Bach 2000; Beck/Grande 2004; zur europäischen Sozialpolitik Leibfried/Pierson 1998).

Die vorgetragenen Problematisierungen könnten zu dem Schluss verleiten, dass eine tatsächliche Transformation von Solidarität, eine Umstellung auf gewandelte gesellschaftliche Bedingungen wie die der Europäisierung und Transnationalisierung unmöglich ist. Ich möchte einer solchen Konsequenz entschieden widersprechen. Erforderlich ist allerdings ein Perspektivenwechsel, der abschließend entwickelt werden soll.

4. Transnationale kosmopolitische Solidarität als Politik der Humanität

Anregungen hierfür liefern zunächst die bereits vorliegenden Versuche, Solidarität als einen der Komplexität und Pluralität moderner Gesellschaften angemessenen Begriff einzuführen. Nach Brunkhorst (1992: 8) findet in der Moderne ein Wechsel von der »Solidarität unter Freunden« hin zur »Solidarität unter Fremden« statt, wobei dies nicht nur Ausdruck eines strukturellen Formwandels, sondern auch Maßstab für gesellschaftlichen Fortschritt sei. Institutionell und bereits auf nationaler Ebene relevant ist hier der zuvor angesprochene zentrale Stellenwert von *Rechten*. Daneben kommt die zivilgesellschaftliche und private Seite von Solidarität in den Blick, in der sich eine gleichsam unvermittelte *Sorge von Menschen umeinander* realisiert.³ Sie vermischt »neue« und »alte« Komponenten. Individualisierung als Voraussetzung und nicht Hindernis von Solidarität, Freiwilligkeit bzw. *Entscheidbarkeit* des Engagements anstelle von Zwangsbindungen (vgl. Hondrich/Koch-Arzberger 1994; Zoll 2000), aber auch die Bedeutung von *Mitgefühl* (vgl. Wuthnow 1998) und *Mitleid* (vgl. Sznajder 2001) sind zu nennen. Eigene Rahmungen bringt schließlich der in den letzten Jahren entfachte Diskurs *globaler Solidarität* und *globaler Verantwortung* ein. All diese Entwicklungen stehen für einen Begriff spezifisch »entgrenzter«

³ Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen repräsentieren ein breites Spektrum karitativer und humanitärer Hilfe.

Solidarität und ich behaupte, dass transnationale bzw. europäische Solidarität einer *Perspektive der Entgrenzung* folgen muss.

Mein Vorschlag eines transformierten Solidaritätskonzepts setzt an diesem Argument an. Die kulturellen, institutionellen und operativen Dimensionen, in denen – bereits beobachtbare oder erwartbare – Entgrenzungen stattfinden, wurden bereits genannt. Es dürfte sich, um es kurz zusammenzufassen, künftig nicht (mehr) als tragfähig erweisen, Solidarität auf gemeinsam tradierte Werte und Lebensstile, institutionell zementierte Formen der Teilhabe oder Standardmodelle sozialer Lagen zu gründen und darüber zu legitimieren. Ebenso wenig können sich emotionale Komponenten von Solidarität in gemeinschaftlicher Sozialromantik erschöpfen. Das Phänomen des Mitfühlers, der Empathie und Sorge lässt sich adäquater als Sensitivität für andere, für deren soziale Leiden und Verwundbarkeiten, deren Verletzung und Herabsetzung begreifen. Ich verwende bewusst diese expressiven Begriffe, weil ich davon ausgehe, dass die Erfahrung sozialer Ungleichheit und Deprivation für diejenigen, die »unten« oder »außen« stehen, solche Qualitäten haben kann.

Ich charakterisiere den hier vorgestellten Solidaritätsentwurf als »*Politik der Humanität*«. Realistisch gemeint ist damit ein *minimalistisches* Konzept, das möglicherweise jedoch besser geeignet ist, Vorstellungen von europäischer Solidarität zu orientieren als symbolisch überfrachtete und zugleich sehr eingeschränkte, Zugehörigkeit manifest oder latent voraussetzende Modelle. Ein minimalistischer Solidaritätsbegriff kann nicht im einzelnen vorgeben, wie Probleme sozialer Ungleichheit zu beheben seien; ebenso wenig kann er spezifische Formen und Standards sozialer Teilhabe als verbindlich definieren. Allerdings baut er auf einem zentralen Grundprinzip – dem Prinzip der Humanität, verstanden als Achtung der Würde des Menschen – auf. Dieses impliziert die Verpflichtung und Verantwortung, nicht legitimierbare Formen der sozialen Deprivation nicht zuzulassen. Darin liegt *keine* unhintergehbare Normativität. Wie wir alle wissen, wird Humanität bzw. der Wunsch nach einem menschenwürdigen Leben tagtäglich verletzt und auch die Erfahrungen aus der Geschichte und Gegenwart, in denen Menschen das Mensch-Sein faktisch abgesprochen wird, sind nicht zu tilgen. Zentral ist vielmehr seine konsequente *Generalisierung* – gegen quasi-ständische Beschränkungen der Klasse, Herkunft, des Geschlechts, der ethnisch-kulturellen oder eben auch der nationalen Zugehörigkeit – ebenso wie seine *politische* Ausrichtung als Angelegenheit der gesellschaftlichen Selbstverständigung und Entscheidung. Eine solche Transformation von Solidarität lässt sich als Ausdruck einer radikalisierten, sich ihrer Brüche bewussten und damit konfrontierten Moderne und als Variante »kosmopolitischer Solidarität« (Beck) begreifen. In Anknüpfung an das Theoriekonzept reflexiver Modernisierung nehme ich an, dass dieser Wandel typisch für Gesellschaften der »Zweiten Moderne« ist. In der Formulierung der Menschenrechte (vgl. etwa Ignatieff/Gutman 2001) findet der

Gedanke der Humanität seine allgemeinste Basis. Er lässt sich meines Erachtens aber in andere, bürgerschaftliche Konzeptionen – wie das Konzept der »Unionsbürgerschaft«⁴ oder Formen »verschachtelter Mitgliedschaft« (Faist 2000b) – integrieren.⁵

Die Kernelemente einer solchen Politik der Humanität lassen sich in folgenden zwei Punkten zusammenfassen:

Sie *verzichtet* erstens auf ein präskriptiv vorausgesetztes Wir-Gefühl der Zusammengehörigkeit und entsprechende Gemeinschaftspostulate. Diese mögen der politischen Mobilisierung auf fragwürdige Weise dienen, soziologisch tragfähig ist ein solcher Zugang nicht. »Wir«-Assoziationen erweisen sich bereits im nationalen Kontext als äußerst problematisch: Moderne strukturell ausdifferenzierte und individualisierte Gesellschaften sind keine Gemeinschaften – sie sind es weder in einem traditionellen vormodernen noch in einem modernistisch wert-basierten Sinn; insofern ist auch der für Solidaritätskonzeptionen zu beobachtende Transfer vom Kleingruppenmodell auf größere Zusammenhänge⁶ irreführend. Dies gilt umso mehr für die Konstitution eines europäischen, über nationalstaatliche Organisationsrahmen hinausgehenden Gesellschaftsraums.

Eine mögliche Alternative bietet der Begriff der »Anerkennung«, von dem in der neueren sozialphilosophischen und soziologischen Diskussion viel die Rede ist. Ulrich Beck und Edgar Grande sehen darin – im Anschluss an Nancy Fraser – ein neuartiges Paradigma von Ungleichheitskonflikten, die sich nicht an sozioökonomischen Verteilungsfragen, sondern an Problemen kultureller Differenz entzünden (vgl. Beck/Grande 2004). Ihre davon inspirierte Vorstellung einer europäischen »kosmopolitischen Solidarität« zielt darauf ab, kulturelle Vielfalt zu berücksichtigen, Unterschiede nicht mit einem »farbenblinden Universalismus« (ebd.: 278) zu über-tünchen und die »Andersheit der Anderen« (ebd.: 273) zu akzeptieren. Ambivalent bleibt hierbei meines Erachtens die Gefahr einer analytischen und normativen Überhöhung des Differenzdenkens. Dennoch liefert der Ansatz für den hier behandelten Problemzusammenhang wichtige Argumente.

Zweitens wird davon ausgegangen, dass nationale Prinzipien der wohlfahrts-staatlich herzustellenden »Gleichheit« oder »Gleichwertigkeit« der Lebensverhältnisse nicht auf europäischer Ebene »kopiert« werden können. Daraus folgt keine Verabschiedung der Idee sozialer Gleichheit, wie dies etliche Beiträge aus der neueren

4 Festgehalten in Art. 8 bis 8e des Maastrichter Vertrages über die Europäische Gemeinschaft.

5 Vgl. zur Frage europäischer Bürgerschaft auch Balibar (1996), Wobbe (2000), Hansen (2000); genereller zu trans- und postnationaler Bürgerschaft Soysal (1998) sowie die Beiträge in Kleger (1997).

6 »Das Modell eines solchen Transfer vom Kleinen zum Großen war immer die Übertragung der Kleingruppensolidarität auf größere Gemeinschaften.« (Prisching 2003: 185)

Egalitarismuskritik⁷ nahe legen. Es bedeutet ebenso wenig, dass Solidarität als Begriff der Herstellung, Verwirklichung oder Unterstützung von sozialer Gleichheit ausgedient hat. Die erheblichen Unterschiede in den Wohlstandsniveaus und »Wohlfahrtsregimen« (Esping-Andersen) innerhalb des Sozialraums Europa können allerdings nicht einfach ignoriert werden. Die Formulierung einer allgemeinen, übergreifenden Perspektive setzt daher eine *Verständigung* über Grundlagen und Maßstäbe der sozialen Teilhabe, über Erwartungshorizonte und Ordnungsvorstellungen, Rechtsauffassungen und Gerechtigkeitsprobleme, Verteilungs- und Anerkennungskonflikte voraus. Dies beinhaltet auch eine Klärung der *Haltung* und *Aufmerksamkeit*, der *Umgangsweisen* und *Strategien*, die gegenüber Reproduktionen sozialer Ungleichheit in je unterschiedlichen, spezifisch benennbaren gesellschaftlichen Kontexten und Akteurskonstellationen (Politik, Wirtschaft, Verbände, Hilfsorganisationen etc.) eingenommen werden. Elementare Fragen der Tolerierbarkeit und Legitimation von Ungleichheit – das heißt zum Beispiel: von wachsenden Wohlstandsgefällen, verschärften Verarmungstendenzen, von Ab- und Umbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen – gehen in eine solche Auseinandersetzung ein. Sie berührt nicht minder elementare Fragen der Demokratie und Partizipation. Soziale *Gleichheit* und politische *Freiheit* sind aufeinander bezogen (darauf hat bereits Thomas H. Marshall aufmerksam gemacht). Dieser ursprünglich national gerahmte Zusammenhang muss *europäisch* definiert werden – und ist insofern für das »Projekt Europa« insgesamt von erheblichem Belang.

Die Perspektive einer Politik der Humanität setzt an einer kulturell »entschlackten« Solidaritätskonzeption an; sie ist und kann an nichts anderem als der *Erkennbarkeit sozialen Leidens*, an der *Sicherung von Würde* sowie der *Unannehmbarkeit einer Verletzung von Grundrechten* orientiert sein.⁸ Gewiss stellt die Verwirklichung eines solchen »minimalistischen« Konzeptes alles andere als eine minimale Aufgabe dar, sondern ein immenses, andauernd zu bewältigendes Unterfangen von erheblicher Reichweite. Sie folgt darüber hinaus dem Anspruch, die Reflexion auf »Basisprämissen«⁹ sozialen Schutzes und sozialer Teilhabe ins Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung zu rücken und damit zu einer *Repolitisierung* der wohlfahrtsstaatlichen Diskussion beizutragen. Diese Schlussfolgerung ziehe ich zum einen aus meinem Versuch der Kritik nationaler Modelle und darin gleichsam festgefrorener Zugehörigkeitskonstruktionen; zum anderen aus der Annahme einer unter transnationalen Bedingungen strukturell angelegten Verflüssigung und Dyna-

7 Diese arbeitet sich über weite Strecken jedoch an einem merkwürdig stilisierten und unbrauchbaren Gleichheitsbegriff der statistischen Gleichheit oder Einheitlichkeit ab. Die Argumente der Egalitarismuskritik (vgl. Krebs 2000) sind also selbst kritisch zu überprüfen.

8 Vgl. zur Thematik des Leidens und der Würde auch Rorty (1989), Margalit (1997) sowie Boltanski (1993).

9 Der Begriff entstammt dem Theorievokabular reflexiver Modernisierung, vgl. Beck/Bonß (2001).

misierung bestehender sozialer Gefüge. Sie mag dem irritierend erscheinen, der unter »Humanität« ausschließlich eine politikentlastete, der Nächstenliebe folgende Sorge für die Ärmsten der Armen versteht. In der Tat läge darin eine unzulässige Beschneidung. Die Begriffswahl soll im Gegenteil verdeutlichen, dass Politik und soziale Praxis künftig verstärkt auf die in ihnen enthaltenen Formen der *Solidarisierung* und *Entsolidarisierung* im Umgang mit sozialen Ungleichheiten zurückverwiesen sein werden; sie zeigt weiter, dass hierbei nicht Problemlösungsroutinen, sondern der Aspekt der Humanität im wortwörtlichen Sinne, das heißt die Frage, was Menschen in welchen Lagen und unter welchen Bedingungen zugemutet werden kann oder nicht, eine zunehmende Rolle spielen werden. Spezifischere, kollektiv und national geformte Interessens- und Solidaritätskonflikte werden selbstverständlich nach wie vor existieren. Sie können jedoch ebenfalls kaum mehr ohne eine Berücksichtigung transnationaler Einflüsse analysiert und bearbeitet werden. Grenzen europäischer Solidarität nach innen oder außen – und sogar die vorhin aufgemachte Unterscheidung selbst – werden damit in letzter Konsequenz *konzeptionell* hinfällig, sie sind nicht aus sich heraus begründbar. Dass und wie sie *praktisch* gezogen werden, ist eine andere, empirisch zu beantwortende Frage, die viel Stoff für eigene Untersuchungen bietet.

Literatur

- Anderson, Benedict (2000), *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London/New York.
- Bach, Maurizio (Hg.) (2000), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40), Opladen.
- Bayertz, Kurt (Hg.) (1998), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt a.M.
- Balibar, Etienne (1996), »Is European Citizenship Possible?«, *Public Culture*, Jg. 8, H. 2, S. 355–376.
- Balibar, Etienne (2003), *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*, Hamburg.
- Beck, Ulrich (2000), »The Cosmopolitan Perspective: Sociology of the Second Age of Modernity«, *British Journal of Sociology*, Jg. 51, H. 1, S. 79–105.
- Beck, Ulrich (2002), *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (2004), *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang (Hg.) (2001), *Die Modernisierung der Moderne*, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004), *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*, Frankfurt a.M.
- Beisheim, Marianne u.a. (1999), *Im Zeitalter der Globalisierung. Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung*, Baden-Baden.
- Boltanski, Luc (1993), *La souffrance à distance. Morale humanitaire, médias et politique*, Paris.

- Bronfen, Elisabeth/Marius, Benjamin/Steffen, Therese (Hg.) (1997), *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*, Tübingen.
- Brunkhorst, Hauke (1997), *Solidarität unter Fremden*, Frankfurt a.M.
- Castel, Robert (2000), *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.
- De Swaan, Abram (1995), »Die soziologische Untersuchung der transnationalen Gesellschaft«, *Journal für Sozialforschung*, Jg. 35, H. 2, S. 107–120.
- Eade, John (Hg.) (1996), *Living the Global City: Globalization as Local Process*, London.
- Faist, Thomas (Hg.) (2000a), *Transstaatliche Räume, Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei*, Bielefeld.
- Faist, Thomas (2000b), »Soziale Bürgerschaft in der Europäischen Union. Verschachtelte Mitgliedschaft«, in: Bach, Maurizio (Hg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40), Opladen, S. 229–250.
- Hansen, Peo (2000), »European Citizenship, or Where Neoliberalism Meets Ethno-Culturalism«, *European Societies*, Jg. 2, H. 2, S. 139–165.
- Hondrich, Karl Otto/Arzberger, Claudia (1994), *Solidarität in der modernen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Ignatieff, Michael/Gutman, Amy (Hg.) (2001), *Human Rights as Politics and Idolatry*, Princeton.
- Kleger, Heinz (Hg.) (1997), *Transnationale Staatsbürgerschaft*, Frankfurt a.M./New York.
- Krebs, Angelika (Hg.) (2000), *Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte zur neueren Egalitarismuskritik*, Frankfurt a.M.
- Kronauer, Martin (2002), *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Leibfried, Stephan/Pierson, Paul (Hg.) (1998), *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration*, Frankfurt a.M.
- Lessenich, Stephan (2003), »Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – Semantiken des Wohlfahrtsstaates«, in: ders. (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe*, Frankfurt a.M./New York, S. 9–19.
- Levy, Daniel/Sznaider, Natan (2001), *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt a.M.
- Mackert, Jürgen/Müller, Hans-Peter (2000), *Citizenship. Soziologie der Staatsbürgerschaft*, Wiesbaden.
- Margalit, Avishai (1997), *Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung*, Berlin.
- Marshall, Thomas H. (1992), »Staatsbürgerrechte und soziale Klassen«, in: ders., *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt a.M., S. 33–94.
- Pieterse, Jan N. (1998), »Der Melange-Effekt«, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M., S. 87–124.
- Pries, Ludger (Hg.) (1997), *Transnationale Migration*, Soziale Welt, Sonderband 12, Baden-Baden.
- Prisching, Manfred (2003), »Solidarität: Der vielschichtige Kitt gesellschaftlichen Zusammenlebens«, in: Lessenich, Stephan (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe*, Frankfurt a.M./New York, S. 157–190.
- Rorty, Richard (1989), *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt a.M.
- Shafir, Gershon (Hg.) (1998), *The Citizenship Debates. A Reader*, Minneapolis/London.
- Soysal, Yasemin N. (1998), »Towards a Postnational Model of Membership«, in: Shafir, Gershon (Hg.), *The Citizenship Debates. A Reader*, Minneapolis/London, S. 189–217.
- Sznaider, Natan (2001), *The Compassionate Temperament. Care and Cruelty in Modern Society*, Lanham/Boulder/New York/Oxford.
- Viehoff, Reinhold/Segers, Rien T. (Hg.) (1999), *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, Frankfurt a.M.

-
- Wagner, Peter/Zimmermann, Bénédicte (2003), »Nation: Die Konstitution einer politischen Ordnung als Verantwortungsgemeinschaft«, in: Lessenich, Stephan (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe*, Frankfurt a.M./New York, S. 243–266.
- Wobbe, Theresa (2000), »Koexistenz nationaler und supranationaler Bürgerschaft«, in: Bach, Maurizio (Hg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40), Opladen, S. 252–274.
- Wuthnow, Robert (1998), »Handeln aus Mitleid«, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Kinder der Freiheit*, Frankfurt a.M., S. 34–84.
- Zoll, Rainer (2000), *Was ist Solidarität heute?*, Frankfurt a.M.